



Aber nicht so!

Seit über einem Jahr ist nur Corona im Gespräch. In allen Nachrichten und Sendern hören wir nur: Corona, Corona, Corona. Anscheinend die perfekte Gelegenheit paar Gesetze klammheimlich durchzuwinken.

Seit Jahren redet die Bundesregierung davon, dass die Pflege gestärkt werden soll. Im Jahr 2017 fand die Pflegereform statt. Bis auf paar Namensänderungen passierte in meinen Augen nicht wirklich viel. In Jahr 2021 soll eine neue Pflegereform stattfinden.

Hier paar Eckpunkte (Quelle: Gesetzesentwurf Bundesgesundheitsministerium).

Ambulante und teilstationäre Pflege

- Kurzeitpflege und Verhinderungspflege (VHP) = ein Budgettopf von 3.300 Euro p.a.
- 40% Reduzierung der stundenweisen VHP

- Unklar bleibt, wie die nicht-stundenweise VHP zu organisieren ist und welche Konsequenzen diese für die Pflegegeldansprüche haben wird (50 % Kürzung des Pflegegeldes bis auf den ersten und letzten Tag?).
- Die sechsmonatige Vorpflegezeit als Anspruchsvoraussetzung entfällt.
- Sachleistungsbudget, Pflegegeld und Tagespflegebudget werden um 5 % angehoben.
- neue „Gemeinsame Jahresbetrag“ steigt nur um 2,4 % (3.300 statt 3.385 Euro).

Bei der Tagespflege gäbe es eine Rücknahme der im Eckpunktepapier angekündigten 50 % Kürzung für die Pflegegeldempfänger.

Hier und bei der Kombinationsleistung mit einem unter 50 % liegenden Nutzungsanteil der Sachleistung wird auf eine Kürzung verzichtet. Bei über 50 % wird das Tagespflegegeld genauso um 50 % gekürzt wie bei nur Sachleistungsbezug.

Stationäre Pflege

- Menschen im Pflegeheim sollen weniger selbst zahlen müssen.
- Je länger jemand im Heim lebt, desto geringer soll sein Eigenanteil bei den Pflegekosten sein.
- Der Eigenanteil soll im zweiten Jahr im Heim um ein Viertel reduziert werden, im dritten Jahr um die Hälfte und ab dem vierten Jahr um 75 Prozent.

Frankreich

Präsidentenwahlen: Macrons holpriger Parcours

Seite 5

Kinderrechte

Einen Schulcomputer für jedes Kind / Kinderrechte in den Mittelpunkt / Kindercharta

Seiten 6-9

Abrüsten statt Aufrüsten

Für eine internationale Pandemiebekämpfung!

Seite 10

Demokratischer Sozialismus

Linker Acht-Punkte-Plan für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Seiten 14 & 15



Termine

AG DIE LINKE. stärken

27. April 2021, 18:00 – 20:00 Uhr

Beratung über den Leitantrag an den 7. Bundesparteitag (Bundestagswahlprogramm) mit den Delegierten Annelie Böttcher und Frank Hühner.

- Hybrid-Veranstaltung (Bis zu 5 Teilnehmer*innen in der Kreisgeschäftsstelle; Video-/Telefonkonferenz). Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/mic-b5h-dlp-wzd> (Bitte als Browser Firefox oder Chrome nutzen). Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 31694. Der Raum wird ab 17:45 Uhr geöffnet. Interessent*innen an einer Teilnahme in der KGst melden sich bitte bis zum 26. April 2021, 17:00 Uhr (Tel. 0171 4937568).

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

28. April 2021, 18:00 Uhr

Kreisvorstandsitzung

- Video-/Telefonkonferenz. Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-bbk-dkx-v1g> (Bitte als Browser Firefox oder Chrome nutzen). Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 40998 (Aufforderung kommt Englisch). Der Raum wird ab 17:45 Uhr geöffnet.

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtbau in der SVV

29. April 2021, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

- Durchführung als Präsenzsitzung oder als Virtuelle Sitzung. Bitte am Tag vor dem Termin erfragen (01523 739 56 22 oder frank.kreitner@dielinke-ffo.de). Bei Durchführung als Präsenzsitzung findet die Sitzung im Oderturm in der 9. Etage / Raum Heilbronn statt.

DGB Frankfurt (Oder)

01. Mai 2021

Tag der Arbeit

„Solidarität ist Zukunft“ ist das Motto der DGB-Gewerkschaften.

- 10:00 Uhr Auftaktkundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz. Im Anschluss Demonstrationszug zur Stadtbrücke/ Oderpromenade (vorbehaltlich der aktuellen Corona-Lage).

AG DIE LINKE. stärken

04. Mai 2021, 18:00 Uhr

Lesekreis „Klassentheorie“

(siehe Seite 18)

- Thema: Klasse an sich/für sich von Michael Vester
- Onlineveranstaltung. Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-ecz-r3f-kxu> statt.

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

05. Mai 2021, 18:00 Uhr

Gemeinsame Beratung des Kreisvorstandes und der AG DIE LINKE. stärken

- Video-/Telefonkonferenz. Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-bbk-dkx-v1g> (Bitte als Browser Firefox oder Chrome nutzen). Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 40998 (Aufforderung kommt Englisch). Der Raum wird ab 17:45 Uhr geöffnet.

AG DIE LINKE. stärken

08. Mai 2021, 14:00 bis 16:00 Uhr

Treffen der AG

Schwerpunkt: DIE LINKE. hilft! Beraten. Organisieren. Kämpfen.

- Hybrid-Veranstaltung (Bis zu 5 Teilnehmer*innen in der Kreisgeschäftsstelle; Video-/Telefonkonferenz). Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-pgx-crr> (Bitte als Browser Firefox oder Chrome nutzen). Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 19544. Der Raum wird ab 14:45 Uhr geöffnet. Interessent*innen an einer Teilnahme in der KGst melden sich bitte bis zum 07. Mai 2021, 17:00 Uhr (Tel. 015906518202).

VVN-BdA Frankfurt (Oder)

08. Mai 2021, 17:00 Uhr

Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung vom Faschismus

- Sowjetisches Ehrenmal, Lindenstraße

AG DIE LINKE. stärken

11. Mai 2021, 18:00 Uhr

Lesekreis „Klassentheorie“

(siehe Seite 18)

- Thema: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse: »Vorwort« und »Rituale gegenseitiger Hilfe« von Edward P. Thompson
- Onlineveranstaltung. Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-ecz-r3f-kxu> statt.

AG DIE LINKE. stärken

18. Mai 2021, 18:00 Uhr

Lesekreis „Klassentheorie“

(siehe Seite 18)

- Thema: Die feinen Unterschiede: »Der Habitus und der Raum der Lebensstile« und »Die symbolischen Auseinandersetzungen« von Pierre Bourdieu
- Onlineveranstaltung. Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-ecz-r3f-kxu> statt.

21. Mai 2021, 11:00 bis 13:00 Uhr

Infostand „Hartz-IV-Sanktionen abschaffen!“

- Stadtgebiet Hansa Nord, Hansaplatz

AG DIE LINKE. stärken

25. Mai 2021, 18:00 Uhr

Lesekreis „Klassentheorie“

(siehe Seite 18)

- Thema: Ein marginales Zentrum. Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse von Frigga Haug
- Onlineveranstaltung. Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-ecz-r3f-kxu> statt.

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtbau in der SVV

27. Mai 2021, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

- Durchführung als Präsenzsitzung oder als Virtuelle Sitzung. Bitte am Tag vor dem Termin erfragen (01523 739 56 22 oder frank.kreitner@dielinke-ffo.de).
- Bei Durchführung als Präsenzsitzung findet die Sitzung im Oderturm in der 9. Etage / Raum Heilbronn statt.

Jahrestage

29. April 1885 | Prag

* **Egon Erwin Kisch**

05. Mai 1818 | Trier

* **Karl Marx**

14. Mai 1928 | Rosario, Argentinien

† **Che Guevara (1928)**

19. Mai 1999 | London

* **Nicholas George Winton**

Nicholas George Winton war ein britischer Staatsbürger, der kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs die Rettung von 669 meist deutschstämmigen tschechoslowakischen Kindern jüdischen Glaubens oder Herkunft vor dem Holocaust organisierte. Diese Aktion wurde als tschechischer Kindertransport bekannt. Winton, der selbst jüdischer Abstammung war, wurde häufig als „britischer Schindler“ bezeichnet, was ihm selbst aber nicht zusagte. (Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Nicholas_Winton)

26. Mai 2012 | Exeter, England

† **Zvi Aharoni**

Zvi Aharoni war ein israelischer Mossad-Agent. Er war wesentlich an der Ergreifung Adolf Eichmanns beteiligt. Herrmann Aronheim (später Zvi Aharoni) entstammte einer gutbürgerlichen Familie, der Vater war Rechtsanwalt. Er besuchte in Frankfurt (Oder) das Friedrichsgymnasium. (Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Zvi_Aharoni)

28. März 1897, Halle (Saale)

* **Heather Heyer**

Heather Heyer wurde bei einer rechtsextremen Demonstration am 12. August 2017 in Charlottesville, Virginia getötet. Sie wurde zu einem Symbol für Bürgerrechte. Der rechtsradikale Attentäter beschleunigte stark und raste in einer schmalen Straße in der Innenstadt in eine Menschenmenge. Bei dem Anschlag wurde die 32-jährige Heather Heyer getötet und 19 weitere Teilnehmer verletzt. Der Attentäter wurde im Dezember 2018 von einer Jury des Mordes für schuldig befunden.

Heyers letzte Worte wurden auf Facebook gepostet: „Wer sich nicht empört, schaut einfach nicht hin.“ (Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Heather_Heyer)

12. Juni 1929 | Frankfurt am Main

* **Annelies Marie (Anne) Frank**

18. Juni 1936 | Gorki-10, Oblast Moskau, Russland

† **Maxim Gorki**

20. Juni 1933 | Archangelskoje, Oblast Moskau, Sowjetunion

† **Clara Zetkin**

”

Die immer die großen Reden halten, taugen nicht im Kampf.

Stephan Heym

10. April 1913 - 16. Dezember 2001

“

Gedenk-, Aktions- und Feiertage

01. Mai

Tag der Arbeit / Tag der Arbeiterbewegung / Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse / Maifeiertag

Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

03. Mai

Welttag der Pressefreiheit

05. Mai

Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

08. Mai

Tag der Befreiung / Tag des Sieges über den Nationalsozialismus

12. Mai

Internationaler Tag der Pflege / Internationaler Tag der Pflegenden

15. Mai

Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung

17. Mai

Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie

01. Juni

Internationaler Kindertag

Vereinte Nationen (UN)

5. Juni

Welttag der Umwelt / Weltumwelttag

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

12. Juni

Welttag gegen Kinderarbeit

Weltgesundheitsorganisation (WHO) und weitere

14. Juni

Weltblutspendetag

Historische Ereignisse

26. April 1986

Reaktorkatastrophe von Tschernobyl

29. April 1945

Befreiung des KZ Dachau

30. April 1945

Befreiung des KZ Ravensbrück

05. Mai 1945

Befreiung des KZ Mauthausen

08. Mai 1976

Der Bundestag verabschiedet die Neufassung des sogenannten „Abtreibungsparagrafen“ 218 StGB

9. Mai 1945

Befreiung des KZ Stutthof

Einberufung der 2. Tagung des 7. Kreisparteitages

DIE LINKE.

Der Kreisvorstand DIE LINKE. Frankfurt (Oder) hat am 24.03.2021 die 2. Tagung des 7. Kreisparteitages einberufen.

Datum: 26.06.2021

Uhrzeit: 09:00 – 12:00 Uhr

Tagungsort: Messegelände Halle 4, Messering 3, 15234 Frankfurt (Oder)

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Rede Stefan Kunath (Kreisvorstand)
3. Rede Sandra Seifert (Fraktion)
4. Aussprache

5. Antragsbehandlung

6. Ende

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Haushalt 2021 des Kreisverbandes DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

In seiner Sitzung hat der Kreisvorstand den Haushalt 2021, inclusive des Wahlkampfetats, für den Kreisverband DIE LINKE Frankfurt (Oder) beschlossen. Der Wahlkampfetat vom Kreisverband Frankfurt (Oder) fließt in den gemeinsamen Wahlkampfetat zusammen mit dem Kreisverband LOS ein.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Kreisvorstand

Betrieb der Geschäftsstelle weiterhin eingeschränkt

Aufgrund der derzeitigen Pandemielage befindet sich die Kreisgeschäftsstelle weiterhin im eingeschränkten Geschäftsstellenbetrieb.

Daraus ergeben sich folgende Öffnungszeiten:

Dienstags 14:00 – 16:00 Uhr

Donnerstags 09:00 – 10:00 Uhr

Freitags 10:00 – 13:00 Uhr

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist die Geschäftsstelle jederzeit per E-Mail unter geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de und per Telefon unter 0335 / 400 20 47 erreichbar. Ihr könnte uns aber auch eine Nachricht hinterlassen, indem Ihr diese in den Briefkasten werft.

Frank Kreitner
Kreisgeschäftsführer



Hinweis:

Im Jobcenter Frankfurt (Oder) ist von Montag bis Freitag, 7:30 bis 12:30 Uhr die Erstellung von Kopien möglich.

Zum Geburtstag wünschen wir allen Genoss:innen und Leser:innen alles Gute und ein wunderbares neues Lebensjahr.



Hinweis: Der Eigenanteil bei stationärer Pflege soll ab nächsten Jahr auf 700 Euro monatlich gedeckelt werden. Außerdem soll er für höchstens drei Jahre begrenzt werden. Der einrichtungseinheitliche Eigenanteil (auch EEE genannt), der von den Bewohnern zusätzlich zu den Investitionskosten und Aufwendungen für Verpflegung und Unterbringung im Pflegeheim aufgebracht werden muss, ist hiervon allerdings ausgenommen.

Das bedeutet, dass die Heimbewohner:innen trotzdem mit Kosten von immer noch etwa 2.000 Euro monatlich rechnen müssen, auch wenn die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung bereits berücksichtigt sind.

- Die Länder sollen monatlich bis zu 100 Euro für Investitionskosten beisteuern

Erstmal liest sich das alles schön, jedoch welche Konsequenzen bringt es mit sich?

Wer einen Angehörigen in der Tagespflege unterbringt, bekommt nur noch die Hälfte der bisherigen Zuschüsse. Vereinbarkeit vom Beruf und Pflege der Angehörigen wird schwer zu stemmen sein. Die Angehörige bekommen Steine in den Weg gelegt und sind nicht entlastet.

Vielen Anbietern wird die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Die Konsequenz wird die Schließung vieler Tagespflegereinrichtungen sein, von Stärkung der Pflege ist nicht mehr die Rede. Viele Angehörige werden die Belastung nicht mehr schaffen, und sind gezwungen, ihre Angehörigen ins Heim zu bringen. Sozial ist das alles nicht und der so lange geprägte Grundsatz „Ambulant vor stationär!“ ist somit auch hinfällig.

Wieder sind die schwächsten und die ärmsten der Gesellschaft betroffen. Es kann nicht sein, wenn arbeitende Menschen sich ihre Familie verpflichtet fühlen das sie noch für die Mehrbelastung bestraft werden. Es kann nicht sein das außer Menschen zu motivieren auf denn Balkonen zu klatschen keine wirkliche Entlastung für die Pflege und Pflegenden kommt. Es kann nicht sein das solche, für die Mehrheit wichtige Gesetze ohne ordentliche Debatte geplant sind. Es kann nicht sein das dies alles kurz zum Legislaturende statt finden wird.

Die Bundesregierung gemeinsam mit dem Jens Spahn hat erneut gezeigt, dass sie sich für die Bedürfnisse „kleiner“

Menschen nicht interessiert. Auf diesem Wege Adieu und danke für nichts.

Was können wir tun!?

Der erste Schritt ist, die Petition zu unterschreiben und die 50.000 Marke zu knacken:

<https://www.openpetition.de/petition/online/keine-kuerzung-der-pflegesachleistungen-tagespflege>



Wer dies nicht online tun kann, kann auch in der Geschäftsstelle oder beim Pflegeteam Gallus in der Fürstenwalder Straße 22 bzw in der Tagespflege Paulinenhof 11 unterschreiben. Bei allen weiteren Fragen stehe ich unseren Genossen und Genossinnen zu Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen

Boba Preuß
Stellvertretende Kreisvorsitzende

Stefan Kunath auf Listenplatz 4

Unser Kandidat im Wahlkreis 63 - Frankfurt (Oder) – Oder-Spree, wurde auf der Landesvertreter*innenversammlung am vergangenen Sonnabend in Schönwalde-Glien auf den vierten Platz der Landesliste zur Bundestagswahl gewählt. Die AG Der Rote Hahn sagt herzlichen Glückwunsch und wünscht Genossen Kunath viel Kraft im Wahlkampf!

Stefan Kunath: „Ich kämpfe auf Listenplatz 4 mit DIE LINKE. Brandenburg für ein starkes Bundestagswahlergebnis! Danke an alle, die mich bei der Kandidatur auf Listenplatz 4 der Landesliste zur Bundestagswahl unterstützt haben.“

Das bekräftigt mich in meinem Engagement für eine Gesellschaft, die gestärkt aus der Corona-Krise hervorgeht - mit konsequentem Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit! Gemeinsam mit vielen Menschen dort draußen können wir viel erreichen!“



Zuwendungsbestätigungen (Spendenbescheinigungen) für das Jahr 2020

In diesem Jahr erfolgt die Verteilung der Spendenbescheide über die Kreisverbände und nicht direkt über den Landesverband. Wir haben alle Zuwendungsbescheide gesammelt erhalten. Aufgrund einer Empfehlung des Landesverbandes

erfolgt die Verteilung nur auf Wunsch jedes Einzelnen.

Wer seinen Spendenbescheid erhalten möchte, meldet sich bitte unter (0335) 400 20 47 oder schreibt an [gabi.krasert@](mailto:gabi.krasert@dielinke-ffo.de)

dielinke-ffo.de. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich seinen Zuwendungsbescheid immer dienstags von 14:00 bis 16:00 Uhr während der Kassenzeit in der Kreisgeschäftsstelle abzuholen.

Gabi Krasert und Frank Kreitner



Präsidentenwahlen in Frankreich

Macrons holpriger Parcour

In Frankreich kriegt die Vorphase auf die Präsidentenwahl im April 2022 Fahrt. Weithin wird noch davon ausgegangen, dass es zu einer Wiederholung des Duells zwischen Marine Le Pen und Emmanuel Macron kommen wird. Doch Macrons Umfragewerte liegen hinter der Vorsitzenden des Rassemblement National.

Als Folge der neoliberalen Kürzungen im Renten-, Arbeits- und Sozialbereich kann er nicht wie 2017 von einem Anti-Le Pen-Reflex ausgehen, der ihm in der Stichwahl erneut die Stimmen der linken Gegenfraktionen zuführt.

Nach Xavier Bertrand (Les Republicains) hat sich nun Édouard Philippe, ehemaliger und beliebter Premierminister unter Macron, ins Spiel der Kandidaturen gebracht. Ausschlaggebend mag eine Projektion gewesen sein, in der Le Pen mit 26% vor Macron liegt (24%). Überraschend: Auch für die Stichwahl geht erstmals die Hälfte der Befragten von einem Sieg Le Pens aus.

In der Corona-Pandemie grassiert in Frankreich die Südafrika-Mutante, die im Vergleich zur britischen Mutante als aggressiver beschrieben wird. Im Januar hat Macron gegen die Beschränkungen auf ein Confinement (Lockdown) verzichtet. Doch durch das Hochschnellen der Infektionszahlen - trotz Impfkampagne - ruderte er nun zurück und hat erneut ein präsidiales Confinement verhängt. Nach Kritik an der erneuten Wendung hat er ein „Mea Culpa“ abgelehnt, er habe alles richtig gemacht. Le Pen nannte es das „Impf-Waterloo“ von Macron.

Für La France Insoumise hat Jean-Luc Mélenchon in seiner cäsaristischen Manier inmitten des Winter-Lockdown eine erneute Kandidatur verkündet. Dies

hat zu scharfem Widerspruch und zur Zersplitterung in der Linken geführt. Für die Kommunistische Partei Frankreichs tritt der Vorsitzende Fabien Roussel an, uns verbindet eine langjährige gute internationalistische Zusammenarbeit. Für die Parti Socialiste geht Anne Hidalgo, die Pariser Bürgermeisterin ins Rennen. Yannick Jadot will es für die Grünen wissen.

Vor der Präsidentenwahl stehen noch Regional- und Departementswahlen an. Sie gelten nicht nur für die Aussichten des Rassemblement National als Lackmustest und werden von En Marche mit großer Sorge betrachtet. Nach der Corona-bedingten Verschiebung des Wahlgangs vom 18. Februar gab es starke Differenzen darüber, ob sie angesichts der Pandemie 2021 überhaupt noch stattfinden sollen.

Eine kurzfristig einberufene Versammlung der Bürgermeister am 13. April hat mit einem Ergebnis von 54% „Dafür“ und 40% „Dagegen“ ergeben, die Demokratie im Lockdown nicht zu suspendieren. Dies wäre zu starkes Wasser auf die Mühlen der Rechten und der Verschwörungstheoretiker. Der Juni-Termin sorgt für weitere Unruhe, denn „En Marche“ hat nur flache Wurzeln. Bei den Kommunalwahlen im Juni 2020 hat sie in keiner größeren Stadt eine Mehrheit erreicht, nur 10.000 von 500.000 Gemeinderäten gehören EM an.

Mangels konsistenter Strategie wird ihm launenhaftes Lavieren unterstellt. Mal

schickt Macron nach rechts wie mit dem „Sicherheitsgesetz“ gegen das Filmen von Polizisten im Einsatz, wenn dies „in schädigender Absicht“ geschieht. Vier Polizisten hatten einen Rapper vor einer laufenden Kamera krankenhaushausreif geprügelt. Nach der Ablehnung des Gesetzes gegen islamistischen „Separatismus“ durch die parlamentarische Linke polemisiert Macron gegen »„slamo-Gauchisme“, einer Verbindung der extremen Linken mit islamischem Fundamentalismus.

Mal greift Macron Forderungen der Linken auf und Innenminister Dardamin verbietet die „Generation Identitaire“, die Flüchtlinge an der Grenze zu Spanien am Übertritt hindern wollte. Die Gruppe steht unter Verdacht, Geld an den Attentäter von Christchurch gespendet zu haben. Renaud Camus hat mit einem Text über den „Großen Austausch“, „Le Grand Remplacement“ z.B. das Vorbild für den identitären Begriff „Umvolkung“ geliefert. Als weiteres Beispiel hat Macron die Auflösung der umstrittenen Eliteschule „École Nationale d'Administration, ENA“ verkündet. Dies war u.a. eine Forderung der Gelbwesten gewesen.

Thomas Nord
Mitglied des Deutschen Bundestages / DIE LINKE

Einen Schulcomputer für jedes Kind?

Frankfurts Schulen werden schrittweise mit Notebooks und Tablets ausgestattet. Zur digitalen Ertüchtigung der Schulen hat die Stadt einen Mehrbedarf von 2,3 Millionen Euro errechnet. Das geht aus einer Anfrage der Linken in der Stadtverordnetenversammlung hervor.

Obwohl die Corona-Pandemie bereits seit einem Jahr die Bildung an Schulen beeinträchtigt und digitale Unterrichtsformen notwendig wurden, mangelt es immer noch an der Ausstattung von Schulen und Elternhaushalten. Kinder sind immer noch schlechter gestellt, wenn ihre Eltern kein Geld für digitale Endgeräte zur Verfügung haben. Bundes- und Landesregierung haben mit einiger Verspätung Förderprogramme aufgelegt, mit denen die Stadt für die öffentlichen Schulen in Frankfurt digitale Endgeräte anschaffen kann. Diese Endgeräte können dann an Kinder und Familien mit Bedarfen ausgeliehen werden. Um in Erfahrung zu bringen, wie viele Geräte die Stadt bestellt hat, wie diese aufgeteilt werden und ob die Bedarfe damit gedeckt sind, habe ich eine Anfrage an die Stadtverwaltung in der Stadtverordnetenversammlung gestellt.

Die Antwort auf die Anfrage zeigt, wie der jahrelange Stillstand bei der digitalen Ausstattung der Schulen uns jetzt auf die Füße fällt. Lobenswert ist das Handeln der Verwaltung trotz der kurzen Fristen

vom Bund und des Landes. Aber Frankfurt allein kann nicht wegzaubern, was Bund und Land jahrelang verschlafen haben. Es ist eine echte Verbesserung, dass voraussichtlich ab April erste Geräte an die Frankfurter Schulen kommen. Im September folgt eine zweite Lieferung.

Für wirkliche Chancengleichheit und Gerechtigkeit in der Bildung hätte es die technische Ausstattung aber vor einem Jahr gebraucht. Es wird den Kindern und der finanziellen Situation vieler Familien in keiner Weise gerecht, wenn die Schulen erst nach einem Jahren Pandemie über eine Grundausrüstung an Tablets und Laptops verfügen. Ob alle Kinder, die ein Gerät brauchen, damit abgedeckt sind, wird sich erst im Schulalltag zeigen. Weiterhin großes Problem ist die schlechte digitale Infrastruktur an den Schulen. Die Stadt hat einen Mehrbedarf von über 2,3 Millionen Euro ausgerechnet. Dieser Mehrbedarf ist bisher nicht gedeckt. Hier sind Bund und Länder gefragt.



Stefan Kunath

LINKER Direktkandidat im Wahlkreis 63 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt (Oder) und Mitglied der Fraktion DIE LINKE/BI Stadtumbau in der SVV Frankfurt (Oder)

✉ stefan.kunath@dielinke-ffo.de

📘 facebook.com/stefan.kunath.linke

📷 instagram.com/stefan_kunath

🌐 stefan-kunath.eu

Schule	Digitalpakt	Landesprogramm
Oberstufenzentrum	48 Tablets	16 Tablets
Grundschule Mitte	48 Tablets	29 Tablets
Friedensgrundschule	48 Tablets	45 Tablets
Grundschule Am Botanischen Garten	48 Tablets	29 Tablets
Grundschule Erich Kästner	48 Tablets	29 Tablets
Grundschule Am Mühlenfließ	48 Tablets	29 Tablets
Astrid-Lindgren-Grundschule	48 Tablets	45 Tablets
Grundschule Lenné	48 Tablets	61 Tablets
Grundschule mit besonderer Medienkompetenz	16 Tablets	29 Tablets
Sportschule	32 Tablets	29 Tablets
Oberschule Ulrich von Hutten Frankfurt (Oder)	48 Tablets	68 Tablets
Oberschule Heinrich v. Kleist Frankfurt (Oder)	48 Tablets	29 Tablets
Lessingschule	32 Tablets	32 Tablets
Hansa-Schule	16 Tablets	16 Tablets
Karl-Liebknecht-Gymnasium	28 Notebooks	16 Tablets
Gymnasium Carl Friedrich Gauß	28 Notebooks	16 Tablets
Reserve		21 Tablets
SUMME	576 Tablets / 56 Notebooks	539 Tablets

Jetzt Anträge für digitale Endgeräte stellen!

Seit wir mit einem Infostand im letzten Jahr zum Thema „Schulcomputer“ vor der SVF-Kartenverkaufsstelle am Platz der Demokratie gestanden haben, ist einiges in Bewegung geraten.



Im Rechtskreis des SGB II haben von ca. 1000 schulberechtigten Leistungsempfänger, 100 (ca. 10%) einen Antrag gestellt von denen ca. 70 bewilligt wurden

Im Rechtskreis des SGB XII und AsylbLG wurden 3 Anträge gestellt.

Viele Antragsteller bemängeln die desolate Informationspolitik in diesem Bereich.

Ich habe über Kontakte 63 Anträge übergeben. Das reicht nicht. Wir werden an den folgenden Infoständen Anträge bereithalten.

Es gibt nunmehr eine Weisung der BA (202102001/GR-II-1900) vom 1. Februar 2021, die feststellt, dass rückwirkend ab Januar ein Anspruch auf Übernahme für Kosten der digitalen Endgeräte in Höhe von bis 350,00 Euro im SGB II (Hartz IV) besteht, wenn diese unter anderem für das Homeschooling benötigt werden und nicht von der Schule bereitgestellt werden.

Grundsätzlich seien alle Schülerinnen und Schüler bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres, die eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen, berechtigt, diesen Anspruch geltend zu machen. Berechtigt sind zudem Schülerinnen und Schüler, die eine Ausbildungsvergütung erhalten. Die Leistungsberechtigten müssen dazu beim Jobcenter einen Antrag stellen und nachweisen, dass es anderweitig keine Kostenerstattung bzw. Sicherstellung des Bedarfes gibt.

Die Höhe des Zuschusses ist im Einzelfall (soweit vorhanden) auf der Grundlage der schulischen Vorgaben zu ermitteln und sollte im Regelfall den Gesamtbetrag von 350,00 Euro je Schülerin und Schüler für alle benötigten Endgeräte z.B. Tablet/PC jeweils mit Zubehör nicht übersteigen (laut BA Weisung).

Die Regelung greift zum 1 Januar 2021, so das entsprechende Kosten auch rückwirkend geltend gemacht werden können.

Voraussetzung für den Anspruch ist, dass kein Gerät für die Schülerin oder den Schüler vorhanden, oder ein vorhandenes nicht (mehr) benutzbar ist und die Schule keines zur Verfügung stellen kann.

Der Anspruch auf ein digitales Endgerät besteht übrigens pro Kind und nicht pro Haushalt. Leistungsberechtigte sind SGB II.

Für Leistungsberechtigte nach SGB XII (Sozialgeld) und nach dem AsylbLG gibt es eine Weisung des Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Eine Anfrage vom Genossen Stefan Kunath zu diesem Thema an die Stadtverwaltung/Schulamt hat einen Ankauf von 539 mobilen Endgeräten (Laptop) bestätigt, die zum einem noch nicht näher bezeichneten Zeitpunkt (vielleicht im September) zur Verfügung stehen. Des Weiteren hat die Anfrage ergeben, dass weitere 1500 Leihgeräte durch die Schulen benötigt werden.

Anfrage zu SGB II (Hartz IV) wurde wie folgt beantwortet:

Gleichzeitig liegen diese Anträge der Ausgabe des „Der Rote Hahn“ mit der Bitte, diese zu verteilen bei.

Eine Abholung von Anträgen ist jeden Freitag von 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Frankfurt (Oder) am Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder) bei.

Joachim Wawrzyniak

Vor Ort in Frankfurt (Oder):



Foto: DiG/Thomas Kläber

Bettina Fortunato

Mitglied des Landtages Brandenburg

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11 | 15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 / 56 229 108

Telefax: 0335 / 56 229 109

Email: buero.frankfurt@bettina-fortunato.de

Internet: www.bettina-fortunato.de

Plädoyer für eine Neuausrichtung der Kinder- und Jugendpolitik in Deutschland

Kinderrechte in den Mittelpunkt!

Selten ging es in den vergangenen Monaten in den politischen Diskussionen um die Situation und Befindlichkeit von Kindern und Jugendlichen. Von deren Interessen ist die (erwachsene) Politik weit entfernt. Wenn überhaupt, ging es um die Arbeitsfähigkeit der Eltern und um schulischen Erfolg. Die Frage, was Kinder und Jugendliche wirklich brauchen, spielt(e) in Pandemiezeiten kaum eine Rolle: Begegnung, Spiel, die erste Liebe, Freizeiten, Freunde, Sport etc.

Junge Menschen verfügen über ein anderes Zeitempfinden, sind sie doch in einer ständigen Entwicklung. An das, was vor einem Jahr, vor den Lockdowns war, können sie nicht mehr anknüpfen. Für Kinder und Jugendliche bedeutet diese Zeit den Verlust eines ganzen Lebensabschnittes.

Zudem sind diejenigen, die jungen Menschen eine Orientierung geben, Eltern, Lehrer:innen oder andere Bezugspersonen kaum noch in der gewohnten Rolle präsent.

Eine der ersten Studien zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf Kinder und Jugendliche – beauftragt durch die Linksfraktion und vom Kindheitswissenschaftler Prof. Dr. Michael Klundt ausgeführt – diagnostizierte, dass sich Kinder und Jugendliche Zuhause eingesperrt fühlen. Weiter heißt es in der Studie, dass Kindern systematisch ihre Rechte vorenthalten werden: Die Orte, an denen sie üblicherweise gehört werden, wo sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, sind ihnen verwehrt. Die ohnehin schwache Beteiligungskultur gegenüber Kindern und Jugendlichen ist zusammengebrochen.

Die Folgen dieser, gegenüber den Interessen von Kindern und Jugendlichen gleichgültigen Krisenpolitik, sind gravierend. Die Chancenungerechtigkeit im Bildungssystem und die soziale Spaltung haben sich weiter verschärft. Kinder, die sich mit ihren Geschwistern ein Zimmer teilen müssen – 14 % haben noch nicht einmal das – oder über kein eigenes digitales Endgerät verfü-

gen, haben es doppelt schwer. Vereinsamung, Kinderarmut und Jugendarbeitslosigkeit haben zugenommen. Das alles hat gravierende Auswirkungen auf die Psyche von Kindern und Jugendlichen.



Auch die aktuelle Debatte um Kinderrechte im Grundgesetz zeigt: Es gibt insbesondere in konservativen Kreisen eine tief-sitzende Angst, Kinder und Jugendliche zu beteiligen und ihnen garantierte Rechte einzuräumen. Die diskutierten Formulierungsvorschläge werden ihnen Mitspracherechte weiterhin vorenthalten. Kinder werden als Anhängsel ihrer Eltern betrachtet, Jugendliche in ihrer wachsenden Autonomie misstrauisch beäugt.

Es bedarf einer Neuausrichtung der Kinder- und Jugendpolitik, welche die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt, auch auf Landes- und Bundesebene echte Partizipation ermöglicht und die Infrastruktur von Kindern und Jugendlichen krisenfest gestaltet.

Die eigene Umwelt entdecken, erleben, hinterfragen und demokratische Entscheidungsprozesse ausprobieren, wird seit

Jahren in Jugendverbänden, Jugendclubs, Jugendbildungsstätten und Kinder- und Jugenderholungszentren gelebt, aber auch in Musikschulen, Sportvereinen und Freizeiteinrichtungen. Warum wurde nicht, wie in Betrieben, Schulen und Kindergärten versucht, wenigstens Begegnung zu ermöglichen? Denn hier werden Kinder und Jugendliche dabei unterstützt, selbstsichere und kritische Menschen zu werden. Es muss darum gehen, die unterschiedlichen Bedürfnisse und daraus entwickelten Forderungen z.B. mittels Schüler:innenvertretungen, Kinder- und Jugendparlamenten und anderen Vertretungsstrukturen in die Erwachsenen- und

Politikwelt zu übermitteln und Kindern und Jugendlichen echte Befugnisse einzuräumen. Lehre aus der Corona-Krise muss es sein, Partizipation auszubauen und sie für Kinder und Jugendliche erfahrbar zu machen. Weder Stundenpläne in den Schulen, noch die finanzielle Situation der Elternhäuser dürfen Kinder und Jugendliche daran hindern. Wir brauchen ihre Beteiligung. Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, darauf zu verzichten. Beteiligung ist unabdingbar, um Kinder und Jugendliche aus der Krise heraus zu begleiten. Wir müssen es nur wollen und die notwendigen Ressourcen bereitstellen!

Isabell Vandré
Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin
der Linksfraktion im Brandenburger Landtag
www.isabelle-vandre.de

Norbert Müller
Kinder- und Jugendpolitischer Sprecher
der Linksfraktion im Deutschen Bundestag
www.norbert-mueller.net

Die Kindercharta – was wurde erreicht?

Eine Erwiderung auf den Bericht von Frau Eckhardt, Kinderbeauftragte der Stadt

Mit Interesse habe ich im „Der Rote Hahn“ Ihren Bericht in der Stadtverordnetenversammlung über die nach einem Jahr erreichten Ergebnisse der Kindercharta von Frankfurt gelesen. Eine Kindercharta zu beschließen, ist ein wichtiges Vorhaben. Aber die Umsetzung – noch dazu unter den Bedingungen der Corona-Krise – ist für alle, die Mitverantwortung tragen, nicht einfach.

Besonderer Dank und Anerkennung gilt allen Lehrern und Erziehern. Leider war das vergangene Jahr für Kinder und Jugendliche, bedingt durch die Einschränkungen durch Corona, nicht einfach. Die Bedingungen zum Lernen, zum Spielen, zur Gestaltung der Freizeit waren nicht nur begrenzt, sondern auch sehr unterschiedlich. Auch auf die Eltern kam ein gerüttelt Maß an mehr Verantwortung hinzu, um täglich eine längere Zeit zusammen mit den Kindern zu gestalten.

Sie berichten von zunehmenden Verhaltens- und Entwicklungsauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen. Wer kann

helfen? Wie und wo erhalten Eltern Hilfe und Unterstützung? Nicht nur die Kinder brauchen Hilfe, z. B. bei den Hausaufgaben, auch für die Eltern sind Anregungen aus der Elternsprechstunde wichtig.

In Ihrem Beitrag äußern Sie, dass den Kindern jegliche Rechte genommen wurden: „ das Recht auf Bildung, auf soziale Gesundheit, auf Freizeit und Erholung, das Recht auf Spielen an der frischen Luft, auf Spielplätzen ... all diese Rechte gab es nicht mehr!“ Es ist hier nicht der Platz die Betreuung in Kitas und Horten, die Situation an Schulen zu analysieren. Aber Lehrer und Erzieher geben ihr Bestes, leisten unter den Bedingungen der Corona-Krise Enormes, nutzen die neuen technischen Möglichkeiten. Für den Aufenthalt im Freien haben wir in Frankfurt doch recht gute Bedingungen. Ich stimme also Ihren Wertungen nur sehr bedingt zu.

Nun zur Kindercharta. Leider ist der Inhalt kaum bekannt. Auch Sie rechnen keine konkreten Vorhaben ab, außer der Kinder-Uni, die leider nicht stattfinden

konnte. Welche Vorhaben gab es noch. Wo hätten Sie Aktivitäten der Stadtverordneten oder anderer gesellschaftlicher Kräfte erwartet? Veränderte Bedingungen erfordern auch andere Vorgehensweisen, das Suchen nach anderen Möglichkeiten, z. B. Zeichenwettbewerb, schreibende Schüler, unterstützt durch die MOZ oder die Volkshochschule. Welche Unterstützung wäre durch den Frankfurt-Sender möglich? Unterstützung für Eltern und Schüler.

Zustimmen kann ich Ihrem letzten Gedanken: „Neue Wege brauchen mutige Entscheidungen.“ Nun gilt es, konkret zu werden.

Anita Jenichen

FFP2-Masken gespendet

Am vergangenen Donnerstag war Bettina Fortunato, Landtagsabgeordnete der LINKEN, zusammen mit dem LINKEN Bundestags-Direktkandidaten Stefan Kunath, bei sozialen Einrichtungen in Frankfurt (Oder) zu Gast, um sich über die Situation zu informieren und dort kostenlose FFP2-Masken zu übergeben.

Nicht wenige Menschen mit geringem Einkommen, können die durch den Kauf von lebensrettenden FFP2-Masken entstehenden finanziellen Mehrbelastungen schlicht nicht aufbringen. Mit meiner FFP2-Maskenspende, will ich einen kleinen Beitrag leisten, diese Menschen zu entlasten.

Mit dieser Aktion will ich zudem der Forderung aller Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg an die Landesregierung Nachdruck verleihen, FFP2-Masken kostenlos und schnell für

alle bedürftigen Menschen im Land bereitzustellen.

Ich habe heute 200 Masken an die Gemeinschaftsunterkunft Seefichten für wohnungslose und geflüchtete Menschen, die sich in Trägerschaft des IB befindet und 80 Masken an den Verein Flexible Jugendarbeit Frankfurt (Oder) e.V. übergeben und hoffe, so die Arbeit dieser wichtigen Einrichtungen ein wenig unterstützen zu können.

Bettina Fortunato

Mitglied der Linksfraktion im Landtag Brandenburg



Gundula Koschwitz von der Unterkunft für Obdachlose Menschen des IB freut sich über 200 FFP2-Masken



Bettina Fortunato und Stefan Kunath übergaben anschließend 80 Masken an Gina Deleroi vom Verein Flexible Jugendarbeit Frankfurt (Oder) e.V.

Abrüsten statt Aufrüsten. Für eine internationale Pandemiebekämpfung!

Weil der Inzidenzwert in Frankfurt (Oder) über 200 lag, musste die Kundgebung des Friedensnetzes zum Ostermarsch kurzfristig ausfallen. Wir dokumentieren deshalb die nicht gehaltene Rede des Kreisvorsitzenden Stefan Kunath.



Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

mich empört, dass der Verteidigungsetat der zweitgrößte Posten im Bundeshaushalt ist. 45 Milliarden Euro standen im ersten Pandemiejahr 2020 zur Verfügung.

Noch mehr empört mich, dass der Gesundheitsetat nur der fünftgrößte Posten im Bundeshaushalt ist. 15 Milliarden Euro standen dem Gesundheitsressort zur Verfügung.

Das heißt, im Jahr eins der Pandemie kamen auf einen Euro für unsere Gesundheit drei Euro für Rüstungsausgaben. Auch die Entwicklung geht in eine ganz falsche Richtung: Während der Verteidigungsetat um mehr als 4 Prozent anstieg, schrumpfte der Gesundheitsetat um mehr als 4 Prozent.

Deshalb fordern wir: Abrüsten statt Aufrüsten! Wir brauchen ein gut finanziertes Gesundheitssystem, das allen Menschen dient! Mit mehr Personal, mehr Gehalt und besseren Arbeitsbedingungen für die Pfleger:innen!

Wir befinden uns in einer sinnlosen Rüstungsspirale. Die USA rüsten auf,

Deutschland rüstet auf, die NATO rüstet auf, Indien, China und Russland rüsten auf. Ich finde, wir müssen diese sinnlose Rüstungsspirale durchbrechen.

Ein Lichtblick, ja ein bemerkenswerter Erfolg in Zeiten der allgemeinen Aufrüstung ist, dass der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft getreten ist. Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, dass Deutschland dem Vertrag unverzüglich beitrifft. Der Abzug US-amerikanischer Atomwaffen aus Deutschland ist überfällig!

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

die atomare Abrüstung des europäischen Kontinents braucht ein verbindliches und akzeptiertes Regelwerk. Die USA, die EU, Großbritannien und Russland sind gefragt. Diese Verhandlungen brauchen Vertrauen. Eine vertrauensbildende Maßnahme wäre, die Zusammenarbeit bei der internationalen Bekämpfung der Pandemie zu stärken:

- bei der Erforschung von Impfstoffen und Medikamenten,
- bei der Produktion von Impfstoffen und Medikamenten,
- bei der Verteilung von Impfstoffen und Medikamenten.

Es wird nichts bringen, wenn ein Teil der Erde durchgeimpft ist, während andersorts neue Virus-Mutanten entstehen.

Deshalb wiederhole ich meine Forderung: Abrüsten statt Aufrüsten. Wir brauchen ein gut finanziertes Gesundheitssystem, das allen Menschen dient.

Herzlichen Dank!

Stefan Kunath

IMPRESSUM

Der Rote Hahn

Informationsblatt der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Kontakt:

✉ der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Herausgeber

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzender Stefan Kunath
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)

☎ (0335) 4002047
☎ (0335) 4002031
✉ geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de

🌐 <https://www.dielinke-ffo.de/der-rote-hahn>
📘 <https://facebook.com/dielinkeffo>
📷 https://instagram.com/dielinke_frankfurtoder
📺 <http://gleft.de/45M>

AG Der Rote Hahn

Anja Kreisel (Leitung) (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)

Michael Große, Sonnhild Grünberg,

Christian Lehmann, Elke Thiele, Joachim Wawrzyniak

regelmäßige Gastautor:innen:

Horst Dahlmann, Frank Kreitner,

Stefan Kunath, Ella Schleese, Günther Wullekopf

Satz und Druck: Willi Wallroth

Spendenkonto:

Kontoinhaberin:

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

IBAN: DE73 1705 5050 3200 6168 99

BIC: WELADED1LOS

bei der Sparkasse Oder-Spree

Kennwort: **Spende DER ROTE HAHN**

Druck: Eigendruck

Auflage: 400

Nächste Ausgabe: 12. Mai 2021

Einsendeschluss für die nächste Ausgabe:

11. Mai 2021, 13:00 Uhr

Nach diesem Termin eingesandte Beiträge können nicht mehr berücksichtigt werden!

Beratung der AG Der Rote Hahn: 12. Mai, 13:00 Uhr, Video-/Telefonkonferenz. Bitte rechtzeitig unter der-rote-hahn@dielinke-ffo.de anmelden!

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten. Die Rechte an den Bildern liegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, bei DIE LINKE. Kreisverband Frankfurt (Oder).

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier. Ausgezeichnet mit dem Blauen Engel und dem EU Ecolabel.



www.dielinke-ffo.de

#Aufbruch

Am 26. und 27. Februar fand die 1. (online)-Tagung des 7. Parteitages der Partei DIE LINKE statt. Nach der Wahl der Parteivorsitzenden Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow tauchte vielfach der Begriff „Aufbruch“ auf und es wurde viel von einem „Aufbruch“ der Partei gesprochen. Wir greifen den Begriff auf und berichten in dieser und den kommen-

den Ausgaben über die Ergebnisse des Parteitages und versuchen, die notwendige Verbindung zu unserer Parteiarbeit vor Ort herzustellen. In dieser Ausgabe: „Wie wir gerecht aus der Krise kommen“ – eine Strategie, die über die Bundestagswahl hinausweist – und „150. Jahre Pariser Kommune“ – Impulse für unseren Aufbruch.



Wie wir gerecht aus der Krise kommen

Eine Strategie die über die Bundestagswahl hinausweist.

Der Bundesparteitag hat mit großer Mehrheit den Leitantrag „Wie wir gerecht aus der Krise kommen – Mit einem sozialen, friedlichen und ökologischen Systemwechsel“ angenommen. Entsprechend diesem liegen die Schwerpunkte des politischen Handelns bis zur Bundestagswahl auf den schon seit 2018 laufenden Kampagnen „Pflegenotstand stoppen!“ und „Bezahlbare Mieten“, einer Offensive für den ÖPNV sowie die Unterstützung des Kampfes der Beschäftigten um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und gegen Angriffe auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Tom Berthold hat in seinem Beitrag „Von der Milieudebatte zum Klassenkampf“ in der vorigen Ausgabe dieses Informationsblattes angerissen, was sich da so tut im Kreisverband. Hier gilt es nun, die Basis des Kreisverbandes in ihrer breiten Vielfältigkeit einzubeziehen.

Aber, so wichtig die bevorstehende Bundestagswahl auch ist, kann sie nicht den alleinigen Horizont der Politik des Kreisverbandes ausmachen. Ziel der LINKEN auf dem Weg zu einem demokratischen Sozialismus ist die Einleitung eines sozial-ökologischen Systemwechsels – im Parteitagsbeschluss auch als „Unser LINKER Green New Deal“ bezeichnet. Sein Inhalt: Ein neues Wohlstandsmodell; gute Arbeit und Löhne, die für ein gutes Leben

reichen; soziale Sicherheit, die garantiert vor Armut schützt; Umverteilung von Einkommen und Vermögen; eine friedliche internationale Politik, Abrüstung und gerechte Handelsbeziehungen; gerechter Klimaschutz; ökologischer Um- und Rückbau der Industrie; Ausweitung der Demokratie, Verteidigung der Grundrechte und Bekämpfung von Rassismus.

„Ein sozial-ökologischer Systemwechsel wird nur gegen die geballte Macht der großen Konzerne und gegen die Kapitalverwertungsinteressen der ökonomisch Mächtigen durchzusetzen sein.“ ist im Beschluss zu lesen. Das bedeutet für DIE LINKE, ihre im Erfurter Programm formulierte strategische Kernaufgabe: „(...) zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.“ konsequent umzusetzen. Dafür reichen Wahlkämpfe, Kommunalpolitik, Medienarbeit und ein jährliches Brückenfest nicht aus, wie die Wahlergebnisse der LINKEN in Frankfurt (Oder) im zurückliegenden Jahrzehnt verdeutlichen.

Für die Umsetzung bedarf es einer Strategie, mit der der Gebrauchswert der LINKEN für die subalternen Klassen über

Kommunalpolitik und Medien hinaus unter Beweis gestellt wird. Die Herausforderungen für unseren Kreisverband bestehen darin, sich den Inhalt des Beschlusses „Wie wir gerecht aus der Krise kommen“ zu erschließen, in Diskussionen an der Basis und möglichst mit Unterstützer*innen und Sympathisant*innen. Dabei muss die Basis nicht darauf warten, dass das politische Führungsorgan des Kreisverbandes die Notwendigkeit solcher Diskussionen erkennt. Wenn das politische Führungsorgan solche Diskussionen allerdings befördert, ist das ein wichtiger und guter Schritt auf dem Weg zum Aufbruch.

Jede Diskussion bringt aber wenig, wenn die Ergebnisse nicht erfasst werden und in die Entwicklung einer, über den nächsten Wahltag hinausweisenden Strategie des Kreisverbandes für die nächsten Jahre einfließen. Diese Strategie gilt es dann konsequent umzusetzen, um auch in Frankfurt (Oder) zu der oben aufgeführten Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, was dann, so bleibt zu hoffen, auch in zukünftigen Wahlergebnissen auf allen politischen Ebenen seinen Niederschlag findet.

Michael Große

150 Jahre Pariser Kommune

Vor 150 Jahren, vom 18. März bis zum 28. Mai 1871, also für 72 Tage, existierte in Paris die erste Arbeiterrepublik der Welt: Die Pariser Kommune.



Am 18. März wollte die bürgerliche Regierung die überwiegend aus Arbeitern bestehende Pariser Nationalgarde entwaffnen. Es ging vor allem um die Kanonen mit denen die Nationalgarde Paris gegen die deutsche Invasionsarmee verteidigt hatte. Nun, nach einem Waffenstillstand mit dem am 18. Januar im Spiegelsaal von Versailles ausgerufenen Deutschen Reich, waren diese Waffen in den Händen der Arbeiter der bürgerlichen Regierung ein Dorn im Auge. Die Entwaffnung scheiterte am Widerstand der Arbeiter:innen und die Regierung setzte sich nach Versailles ab.

In Paris entstand ein Machtvakuum. In dieser Situation rief das Zentralkomitee der Nationalgarde Wahlen zum Rat der Kommune aus. Dieser wurde am 26. März gewählt und schon zwei Tage später, am 28. März wurde die Pariser Kommune proklamiert. In seiner kurzen Amtszeit erließ der Rat der Kommune wichtige Dekrete, die auf eine grundlegende soziale Veränderung der Gesellschaft abzielten: Der Erlass der Mieten von Oktober 1870 bis April 1871; unentgeltliche Schulbildung; Beschlagnahme und Verteilung leerstehender Wohnungen; Verbot von Geldstrafen und Abzügen bei Löhnen und Gehältern sind nur einige davon. Diese Maßnahmen waren in erster Linie Reaktionen auf die Lebenssituation in Paris.

Zugleich wiesen sie aber auch die Richtung für den Aufbau einer sozialen Republik, die von Arbeiter:innen und Handwerker:innen getragen sein und deren Lebensinteressen Ausdruck verleihen sollte. Revolutionär waren darüber hinaus vor allem die Beschlüsse zur Schaffung demokratischer Strukturen in der Stadt.

Ab 02. April mussten sich die Kommunard:innen gegen die Truppen der bürgerlichen Regierung zur Wehr setzen. Auf der Ostseite wurde Paris von deutschen Truppen blockiert. Am 21. Mai gelang es den Versailler Truppen in die Stadt einzudringen. Sieben Tage, bis zum 28. Mai, verteidigten die Kommunard:innen erbittert Straße für Straße, Barrikade für Barrikade. Wo immer eine Stellung der Kommune fiel, traten Erschießungskommandos der bürgerlichen Truppen in Aktion, die nahezu alle überlebenden Verteidiger:innen unverzüglich hinrichteten. Dieses Morden setzte sich bis Mitte Juni 1871 fort.

Auch wenn wir aktuell nicht in einer Zeit des revolutionären Umbruchs leben, so lohnt es sich allemal sich mit historischen Erfahrungen auseinanderzusetzen und diese daraufhin zu hinterfragen, welche Antworten wir aufbauend auf diesen Erfahrungen formulieren können. Antworten, die sich

mit dem Anspruch auf #Aufbruch verbinden und für die Menschen vor Ort wirksam werden. Impulse, die sich aus den Tagen der Pariser Kommune für einen #Aufbruch in der Frankfurter Kommunalpolitik unter den Bedingungen des Wirkens in einer bürgerlichen Demokratie ergeben, sehe ich in zwei zentralen Punkten:

- Über den eigenen Tellerrand hinaus schauen. Der Einsatz für soziale Verbesserungen in der Stadt, muss immer die Auswirkungen von Entscheidungen auf EU-, Bundes- und Landesebene auf die kommunale Ebene berücksichtigen. Dies muss in der ideologischen Arbeit deutlich gemacht werden und sich im politischen Handeln widerspiegeln.
- Merkmal einer linken sozialistischen Partei muss sein, sich unbedingt für eine demokratische Teilhabe der Menschen einzusetzen und diese im eigenen Verantwortungsbereich möglich zu machen. Reine Stellvertreter:innenpolitik ist ebenso zurückzuweisen wie ein Handeln nach der Maxime „Die Partei hat immer recht“. Zur Orientierung können hier die vom Berliner Parteitag im Juni 2015 beschlossenen „Kommunalpolitischen Leitlinien“ sein, in denen es heißt: „Die Partei DIE LINKE bekennt sich zu zwei wichtigen Aufgaben linker Kommunalpolitik: der Stärkung der gesellschaftlichen Emanzipation und der Schaffung von Grundvoraussetzungen für kommunale Selbstverwaltung.“

Michael Große

Literatur: Kurze Geschichte der Pariser Kommune. Vor 150 Jahren entstand die erste Arbeiterrepublik der Welt. Von Florian Gams. Eine Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

<https://www.rosalux.de/publikation/id/43896/kurze-geschichte-der-pariser-kommune>

Aus der Arbeit des Kreisvorstandes

DIE LINKE.

Am 24.03. 2021 tagte wieder virtuell der Kreisvorstand.

Im ersten Tagesordnungspunkt berichtete Genosse Tom Berthold, Mitglied des Landesvorstandes, über die Einberufung der Landesvertreterversammlung zum 24.04. Dort bewerben sich die Genossen Christian Goerke und Norbert Müller um Platz

1 auf der Landesliste. Die nachfolgenden Plätze sollen von den Genossinnen Anja Mayer und Anke Domscheidt-Berg belegt werden. Das sind vermutlich die sicheren Listenplätze auf der Landesliste.

Wichtige Themen im Wahlkampf sind u. a. kurzgefasst die folgenden:

- Für Frieden und Abrüstung
- Waffenexporte verbieten
- Keine Profite mit der Miete
- Gerechte Mobilität: ökologisch und bezahlbar für alle
- Für einen LINKEN Green New Deal
- Pflegenotstand stoppen. Systemwechsel in Gesundheit und Pflege
- Die Macht der Banken und Finanzmärkte brechen

Nach den Ausführungen von Genossen Berthold werteten die Delegierten Genossin Annelie Böttcher und Genosse Frank Hühner den Bundesparteitag aus. (s. auch Der Rote Hahn 3/2021).

Im Tagesordnungspunkt drei berichtete Genosse Stefan Kunath aus der Arbeit der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung. Die Petition, initiiert von der Fraktion und mit 7691 Unterschriften, fand großen Widerhall bei den Beschäftigten des Klinikums, aber auch die Geschäftsführung nahm sie zur Kenntnis. Allerdings besteht die Gefahr, dass die geforderte Corona-Sonderzahlung auf Umwegen mit Ansprüchen aus den Tarifverhandlungen verrechnet wird. Im Klinikum besteht auch als weiteres Problem, dass sog „bettenferne“ Dienstleistungen, wie z. B. Küche und Kantine, ausgelagert werden könnten. In der Vergangen-

heit führte das sog Outsourcing in vielen vergleichbaren Einrichtungen aber meist für die Betroffenen zu einer Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Nicht nur die Gewerkschaft, sondern auch unsere Partei werden diese Entwicklung aufmerksam verfolgen.

Dass die wachsenden Anforderungen an die Pflegerinnen und Pfleger auch besser bezahlt werden können, zeigt folgendes positive Beispiel:

Boba Preuß bezahlt als Inhaberin eines privaten Pflegedienstes als erste ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Lohn und Gehalt nach dem AWO-Tarifvertrag. Die Bindung an diesen ist freiwillig. Boba Preuß ist Genossin unserer Partei.

In der weiteren Folge der Tagesordnung erörterten die Mitglieder des KV, welche Möglichkeiten es gibt, von unserer Seite aus auf den Weltgesundheitstag am 07.04. aufmerksam zu machen. Möglichkeiten werden gesehen in der Verteilung von Flyern und/oder dem Anstrahlen von Gebäuden mit diesem Tag entsprechenden Botschaften.

Ein weiterer Beratungspunkt beinhaltete die materielle Ausstattung der Schulen. Gegenstand war u. a. die von der Fraktion initiierte Anfrage an die Stadtverwaltung hinsichtlich der Bereitstellung von Schulcomputern an sozial schwache Familien, verbunden mit den Fragen, wie viele PC gingen an welche Schulen und welche Landesmittel wurden genutzt.

Danach folgten Informationen zum Stand der Verhandlungen zum Objekt Helensee. Da die Verhandlungen nicht öffentlich sind, erklärte sich Frank Henke bereit, dazu eine politische Positionierung zu erarbeiten.

Zum 1. Mai werden das Wahlteam und der Geschäftsführende Kreisvorstand das „Virtuelle Brückenfest“ vorbereiten. Dafür werden Videos erstellt und ins Netz gestellt, in denen Persönlichkeiten verschiedene politische Aussagen der LINKEN vorstellen.

Über die gewerkschaftlichen Aktivitäten zum 1. Mai informierte Genosse Frank Hühner. Die LINKE wird einen aktiven Beitrag leisten. Sie wird im Vorfeld die Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten mobilisieren und die geplante Kundgebung ab 10:00 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz unterstützen. Nach der Kundgebung werden eine Demonstration/ ein Spaziergang zur Oderpromenade und eine Abschlusskundgebung stattfinden, beides unter Führung des DGB.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt wurden der Finanzplan für 2021 und der separate Wahlkampf-Finanzplan abschließend diskutiert und beschlossen.

Breiten Raum nahm die Beratung über den Wahlkampf ein.

Das Wahlteam wird im April eine erste Werkstatt zum Stand der Vorbereitung, zum Inhalt und zur Aktivierung durchführen. Die entwickelte Wahlkampfstrategie wird in einer weiteren Werkstatt Ende April/Anfang Mai veröffentlicht und diskutiert. Im selben Zeitraum wird eine Klausur des Wahlteams stattfinden. Ein Schwerpunkt dabei werden die Einbeziehung der Basis und die weitere Vernetzung der jüngeren Mitglieder sein.

Besondere Beachtung fand das Positionspapier „Überlegungen und Anregungen zur Strategie des Kreisverbandes im Wahlkampf“ von Genossen Horst Dahlmann. Es enthält Vorschläge und Hinweise, wie zum Beispiel, das, was das Wahlteam auf den Weg gebracht hat, besser mit der Basis kommuniziert werden und wie Signalwirkung erreicht werden kann. Der Kreisvorstand wurde beauftragt, einen Termin mit Genossen Dahlmann abzustimmen für ein Treffen mit ihm, dem Wahlteam und der AG „Die LINKE stärken“ zur Beratung und Umsetzung seines Papiers.

Nach dreistündiger Sitzung meldeten sich alle, wenn auch etwas angestrengt, aber mit einem Packen gemeinsam zu lösender Aufgaben aus der virtuellen Beratung ab.

Elke Thiele

Linker Acht-Punkte-Plan für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Entsprechend Artikel 72 des Grundgesetzes steht die Bundesregierung in der „konkurrierenden Gesetzgebung mit den Ländern“ in der Pflicht, die Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse über das Gebiet eines Bundeslandes hinaus zu gewährleisten.

Nun gibt es seit Jahren ein Heimatministerium sowie eine Kommission für „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und einen Ostbeauftragten, der jährlich einen Bericht zum Stand der deutschen Einheit vorlegt. Nur die gleichwertigen Lebensverhältnisse zwischen Ost und West gibt es 30 Jahre nach der staatlichen Einheit nicht. Zu Beginn der neunziger Jahre erklärten mir westdeutsche Beamte, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen eine Illusion wären. Das vergangene „Wirtschaftswunder“ hätte sie auch in den alten Bundesländern nicht bewirkt. Derzeitig nehmen in westdeutschen Bundesländern Ungleichheiten ebenfalls weiter zu. Offensichtlich steht ein immer zentralisierterer Markt mit uneingeschränktem Gewinnstreben in allen Bereichen gleichen Lebensbedingungen in allen Landesteilen entgegen. Für Investoren und Kapitalanleger sind höchstmögliche Profite und nicht die Lebensbedingungen der Menschen vordergründig.

Die deutschen Dax-Konzerne überweisen ihren Aktionären für das Krisenjahr 2020 Dividenden in Höhe von 32 Milliarden Euro. Von einem Dividendenstopp, den konservative Politiker vor einem Jahr verkündeten, ist nichts zu spüren. Das Vermögen der etwa 100 Milliarden in Deutschland ist seit 2019 um fast 100 Milliarden Euro gestiegen.

Konträr dazu stehen zig Tausende kleine Gewerke vor der Pleite. Eine halbe Millionen Menschen haben ihre Arbeit verloren. Das über viele Monate währende Kurzarbeitergeld ist besonders für Niedriglöhner:innen mit zusätzlichen sozialen Belastungen verbunden. Laut statistischem Bundesamt müssen etwa 4,5 Millionen Menschen an Ausgaben für Lebensmittel sparen. Vor allem die etwa 200 Kommunen mit hoher Schuldenlast, zu denen auch Frankfurt (Oder) gehört,

leiden unter den Steuerausfällen. Zugleich steigen die durch die Pandemie bedingten Kosten. Da bleiben die sogenannten freiwilligen Leistungen wie Kultur- und Freizeitangebote zuerst auf der Strecke. Es ist schmerzlich, dass die ehrenamtliche Kinderbeauftragte vor der Stadtverordnetenversammlung erklärt, dass die Kindercharta aus dem Blick der Verwaltung gerät.

Während die dritte Welle der Pandemie die Krise und das Versagen der herrschenden Gesellschaftsordnung in immer schärferen Konturen erhellt, stellen die Vorsitzende der Linkspartei Susanne Hennig-Wellsow und der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Dietmar Bartsch unlängst der Presse – korrespondierend zum Bundestagswahlprogrammwurf – einen Acht-Punkte-Plan für Schritte zu gleichen Lebensbedingungen in allen Landesteilen vor.

Da die mit Fakten begründeten Vorschläge im Widerspruch zur neoliberalen Politik stehen, üben sich die Print-Medien dazu in Stillschweigen. Derweil unterhalten Politiker und Journalisten die Öffentlichkeit mit dem unsäglichen Streit und den Spekulationen zur Verteilung der Impfdosen, zum Für und Wider des Impfstoffes Astrazeneca und wer von den beiden Kandidaten Laschet (CDU) oder Söder (CSU) die besseren Chancen hat, nächster Bundeskanzler zu werden.

Worum es in dem Acht-Punkte-Programm geht:

- Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe von Multimillionären und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer zu Gunsten der Länderhaushalte. Damit sollen die Kommunen von zusätzlichen Ausgaben und Ausfällen durch die Corona-Pandemie

entlastet werden. Vor allem sollen sie größeren finanziellen Gestaltungsspielraum für Investitionen in die Infrastruktur und Daseinsvorsorge erhalten. Das wäre auch für Frankfurt von großer Bedeutung.

- Herstellung der Leistungsgerechtigkeit durch Angleichung der Ostlöhne an Westniveau. Erhöhung des Mindestlohnes auf 13 Euro bei mehr Tarifbindung und Flächentarifverträgen. Schließung des Niedriglohnsektors. Das würde die Lebenssituation Tausender Familien in Brandenburg grundlegend verbessern.
- Angleichung der Ostrenten noch vor der Bundestagswahl statt einer Nullrunde 2021. Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent. Verhinderung einer faktischen Rentenkürzung von 10 Prozent für 6 Millionen ostdeutsche Arbeitnehmerinnen, falls, wie beabsichtigt, eine derzeitige Umrechnung auf Grund niedrigerer Ostlöhne abgebaut wird.
- Gestaltung leistungsfähiger flächendeckender Krankenhäuser sowie Ausbau der Bahn und des Internet. Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand. Stopp der weiteren Schließung von Krankenhäusern. In drei Jahrzehnten wurden etwa 600 Kliniken geschlossen, 20 im Vorjahr, 30 sollen trotz Corona 2021 folgen. Reaktivierungsplan der Deutschen Bahn für still gelegte Strecken (6500 km Strecke, 40 Prozent davon im Osten, wurden seit 1990 still gelegt und ganze Regionen vom Netz abgehängt). Mehr Investitionen zur Ermöglichung des Internet in Gigabit-Geschwindigkeit.

- Senkung der Kosten für die Bewohner von Pflegeheimen. Ausarbeitung eines Entlastungsplans Pflege. Heimplatzkosten müssen unter dem Rentenniveau liegen (die jährlich steigenden Kosten für einen Heimplatz betragen im Bundesdurchschnitt 2068 Euro und werden für viele Familien zur Armutsfalle).

Weitere Punkte beinhalten den Stopp der Verödung von Innenstädten und Dörfern

sowie die föderale Fairness für Behörden und Unternehmen.

Es lohnt sich, den Acht-Punkte-Plan in der Geschäftsstelle der Linken abzurufen. Im September ist Bundestagswahl. Dazu erklären die Parteivorsitzenden Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow:

„Es geht um viel in diesem Jahr. Es geht darum, wer die Kosten der Corona-Krise trägt und welche Lehren wir aus der Krise

ziehen. Es geht um eine solidarische Zukunft. Unsere Politik ist radikal, weil sie die Wurzeln der Probleme nicht ausblendet, und sie ist pragmatisch, weil wir auf die Durchsetzung von konkreten Verbesserungen orientiert sind. Wir wollen Einstiege in einen sozialen und ökologischen Systemwandel. Unsere Vision ist der demokratische Sozialismus.“

Horst Dahmann

Aufruf unterzeichnen: Mietendeckel bundesweit!

Bei vielen Menschen geht die Angst vor der nächsten Mieterhöhung um. Sie müssen immer mehr vom Lohn oder Rente für die Miete aufbringen.

71 Prozent der Menschen in Deutschland sind für den Mietendeckel. Trotzdem haben CDU, CSU und FDP als treu ergebene Diener der Immobilienlobby den Mietendeckel vor dem Bundesverfassungsgericht zu Fall gebracht.

Wir haben mit dem Berliner Mietendeckel gezeigt, dass steigende Mieten kein Naturgesetz sind. Politik kann in den Markt eingreifen und regulieren, statt zu kapitulieren. Die Mieten in Berlin sind durch die Einführung des Mietendeckels das erste Mal seit Jahren gesunken.

Jetzt ist klar, dass ein Mietendeckel auf Bundesebene geregelt werden muss und kann. CDU und SPD müssen nun endlich handeln. Ein soziales Mietrecht im Bund scheidet immer wieder an der CDU. Dass die CDU lieber mit der Immobilienlobby klüngelt, statt sich für die Mieterinnen und Mieter einzusetzen, zeigen auch die großzügigen Spenden aus der Immobilienwirtschaft an die Berliner CDU.

DIE LINKE hat mit dem Mietendeckel einen in der Bundesrepublik einmaligen Weg eingeschlagen und sich dem Profitwahnsinn bei Wohnraum entgegengestellt. Doch das Urteil aus Karlsruhe sagt: das Bundesland Berlin darf eine solche Regelung nicht erlassen, aber die Bundesregierung dürfte es. Sie muss es nur wollen – und dafür können wir schon bald sorgen. Spätestens bei der Bundestagswahl im September können wir CDU/CSU und FDP einen Denkmittel verpassen und die Wahl zu einer Abstimmung über einen bundesweiten Mietendeckel machen. Die CDU muss raus aus der Regierung.

Mit der Politik für Reiche, Konzerne und Lobbyisten muss Schluss sein. Wir kämpfen für bezahlbare Mieten überall in Deutschland.



www.miete-bezahlbar.de

Erinnern und Gedenken

Am 22. Juni 1941 begann der Überfall des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion. Das „Unternehmen Barbarossa“ wurde ein beispielloser Vernichtungskrieg.

Daher schlug Jan Korte zum anstehenden 80. Jahrestag in einem Brief an Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) sowie alle demokratischen Fraktionen vor, „in angemessener Form an den faschistischen Vernichtungs- und Raubkrieg in der Sowjetunion mit all seinen grausamen Folgen“ zu erinnern. Die von ihm angedachte gemeinsame Gedenkveranstaltung des Parlaments sollte „anlehnend an das würdige Gedenken anlässlich des Holocaust-Gedenktages am

27. Januar“ gestaltet werden und hätte in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause stattfinden können.

Dies wurde jedoch vom Bundestagspräsidenten abschlägig beschieden. Wir möchten hier Raum für ein würdiges Gedenken geben. Daher bitten wir Euch um Beiträge, die euer Verhältnis zur Sowjetunion, zu Russland widerspiegeln. Vielleicht ist es eine Reise, eine Brieffreundschaft, eine bestimmte Liebe, die euer Verhältnis widerspiegelt. Eure Beiträge, gern mit Bild, sollten nicht mehr als 3.500 Zeichen, inklusive Leerzeichen, umfassen und werden in der kommenden Ausgabe veröffentlicht.

"Zwischen Zeuthen und Brüssel"

Jeden Freitag veröffentlicht Helmut Scholz, Abgeordneter der LINKEN im Europaparlament, auf seiner Persönlichen Webseite:

www.helmutscholz.eu

einen Newsletter mit seiner Sicht auf das Geschehen in Brüssel.

Dieser kann dort auch abonniert werden.





Cuba Sí wird 30

Im Juli dieses Jahres wird Cuba Sí, die Kuba-Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE, 30 Jahre alt

Alle Kuba-Freundinnen und -Freunde rufen wir auf, uns ihre Gedanken, Erinnerungen, Begegnungen usw. aufzuschreiben, um recht vielseitig über das sozialistische Land und unsere Solidarität berichten zu können.

Erzählen Sie über Abenteuer in Kuba, über Freundschaften mit Landsleuten, Kontakte mit damals in der DDR Lebenden und Lernenden. Durch Ihre Beiträge möchten wir ein lebendiges Bild der Freundschaft und Solidarität mit diesem Land widerspiegeln. - Auch wenn es garantiert sehr schwer fällt: Um möglichst vielen Stimmen Raum geben zu können, bitte keinesfalls mehr als 10 bis 15 Zeilen schreiben! - Und bitte legen Sie Ihr schönstes Erinnerungsfoto dazu!

Wir freuen uns über jede Zuschrift bitte mit dem Kennwort „CubaSí-30“, die bis spätestens zum 10. Juni 2021 an folgende Adressen geschickt werden können:

Wolfgang Frotscher, Karl-Sobkowski-Str. 31, 15230 Frankfurt (Oder) oder per E-Mail an: info@cubasi-ffo.de

Wir sagen jetzt schon ein ganz herzliches Dankeschön und wenn es die Gesamtsituation zulässt, werden wir selbstverständlich mit einem Info-Stand im Stadtzentrum nicht zu übersehen sein!

Helft Cubas Ärzten!

Besonders wichtig sind folgende neuen bzw. sehr gut erhaltenen Dinge:

- ▶ Rollstühle, Rollatoren
- ▶ Gehhilfen, Orthesen
- ▶ diverse medizinische und orthopädische Hilfsmittel
- ▶ Verbands- u. ä. Material (**Achtung:** Sterilität und langfristiges Ablaufdatum notwendig!)

Cuba Sí
Regionalgruppe Ffo



Absprachen zu Art, Menge und Anlieferung bzw. Abholung bitte über info@cubasi-ffo.de oder
Tel.: 0335/60688054

Eine gute Tradition

Um Ernst Thälmann zu gedenken versammelten sich – mit angemessenem Abstand – am Freitag, den 16. März 2021, am Kleistpark ca. 30 Gleichgesinnte, unter ihnen auch der Kandidat der LINKEN. Frankfurt (Oder) für den Bundestag Stefan Kunath.

Jens Röstel blickte in seiner kurzen Ansprache auf die Rolle dieses Arbeiterführers in seiner Zeit zurück.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges ergaben sich Lehren und neue Aufgaben für die Fortführung und Neubewertung der Traditionen der Arbeiterbewegung. Für die heutige Zeit bleibt aber als Aufgabe die Bekämpfung der wachsenden faschistischen Gefahr weltweit und eines weiteren Rechtsruckes in verschiedenen Ländern bestehen. Es wächst die Kriegsgefahr, die Aufrüstung wird weltweit forciert. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden fortgeführt an den Außengrenzen der NATO, es findet zum wiederholten Male das Manöver „Defender“ statt. Es gilt also weiterhin, die Erfahrung der Friedensbewegung aufzunehmen und fortzusetzen. Dabei steht auch als Frage, wie die jüngere Generation, die Krieg und Elend

zum Glück nur aus Erzählungen kennt, für den Friedenskampf sensibilisiert und motiviert werden kann.

Traditionsbewusst wurde am Ende des Gedenkens die Internationale angestimmt und als Abschluss zahlreiche Blumen niedergelegt.

Elke Thiele



AG Geschichte

So begann die Arbeit der ersten PDS-Fraktion in der SVV

Sonnhild Grünberg im Interview mit Genossin Waltraud Endler, Fraktionsvorsitzende der ersten PDS-Fraktion 1990 in der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder).



Genossin Waltraud Endler, du hast seit 1989/90 und in den folgenden Jahre einen bedeutenden und anerkannten Anteil an der Entwicklung unseres Kreisverbandes. Zum Beispiel warst du als Frau die erste Fraktionsvorsitzende der PDS in der StVV von Frankfurt. Wirf bitte einen Blick zurück. Welche Stationen deiner Arbeit in der Partei und für die Partei sind dir aus heutiger Sicht wichtig?

Bis 1990 war ich immer eine „einfache“ Genossin, d.h. in der Galerie Junge Kunst wechselte ich mich mit dem Leiter Sicherheit als Parteisekretär ab. Natürlich ist mir aus heutiger Sicht die Funktion als Fraktionsvorsitzende der PDS sehr wichtig. Das war eine völlig neue Herausforderung, keiner wusste ja, was da auf uns zukommt.

Welche Motive haben dich bewogen, 1990 für die PDS-Fraktion in der SVV zu kandidieren und dann noch den Vorsitz zu übernehmen?

Im Dezember 1989 gab es in Frankfurt eine große Demonstration vom Neuen Forum unter dem Thema „40 Jahre SED – 40 Jahre Lug und Trug“. Da liefen auch ehemalige Parteisekretäre mit. Das tat schon sehr weh. Zumal es ja auch in dieser Pauschalität nicht stimmte. Ich wollte etwas tun, damit die Bürger ein etwas anderes Bild von der Partei bekommen. Wie Tau-

sende ehrlicher Genossen waren mir die Inhalte wichtig wie Antifaschismus, Solidarität, der Kampf für eine friedliche Welt und die soziale Gerechtigkeit. Als wir dann gewählt wurden, fragte mich Frank Hammer, ob ich als Fraktionsvorsitzende arbeiten würde. Ich habe ja gesagt, ich glaube, zu der Zeit konnte

man sich alles vorstellen.

Wie habt ihr damals den Wahlkampf geführt? Es war doch bestimmt für euch nicht leicht in der damaligen politischen Atmosphäre?

Der Wahlkampf war für uns in dieser Form auch neu. Wir hatten ihn ja gerade bei der Bundestagswahl 1990 im März auf sehr unangenehme Weise erlebt. Mit Verleumdungen und Unwahrheiten auf Kosten des politischen Gegners. Wir haben einen einfachen, kreativen, unkonventionellen und ehrlichen Wahlkampf gemacht, mit Infoständen, politischen Veranstaltungen in den Wohngebieten, kulturellen Veranstaltungen und einer großen Veranstaltung mit Gregor Gysi. In der Regel waren wir unter uns oder es kamen noch neugierig Interessierte. Auf Angriffe reagierte Frank Hammer erstaunlich ruhig und freundlich, entwaffnend.

Wer gehörte der ersten Fraktion an? Waren alle Mitglieder der PDS oder gab es schon damals eine „bunte Truppe“?

In der ersten Fraktion waren meines Wissens alle Mitglieder der PDS. Die bunte Truppe kam erst später. Die 19 Mitglieder kamen aus den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft. Dadurch fiel es uns leicht, die Ausschüsse der StVV mit Fachleuten zu besetzen. In meinem

Umfeld saßen so wunderbare Menschen und Gleichgesinnte wie zum Beispiel Frank Hammer, Michael Hohnhold, Bernhard Wündisch, Gundolf Baust, Frank Mende, so dass eine schnelle Abstimmung immer möglich war.

Was wolltet ihr damals als Fraktion erreichen?

Gerade in den ersten Jahren nach 1989 wurden entscheidende Beschlüsse für die Entwicklung der Stadt gefasst, oft unter großer Anteilnahme der Bürger. Es gab Demonstrationen bis hinein in den Sitzungssaal. Die Beschlüsse waren nur mit Mehrheiten möglich. Wir setzten uns ein:

- für kommunale Selbstverwaltung
- für die Wiedergründung der Universität Viadrina
- für die Gründung der Stadtwerke
- für die Rekonstruktion der Marienkirche
- für die Restaurierung von Altberesinchen, überhaupt der Altbausubstanz, der Villen und Bürgerhäuser
- für den Bebauungsplan nördliches und südliches Stadtzentrum
- für den Bau des Kleistforums

Der Beschluss zur Verpachtung des Hele- nesees an Herrn Penz fand von uns keine Zustimmung.

Vielen Dank, Genossin Waltraud. Du hast uns einen lebendigen Eindruck über die ersten Jahre der PDS-Fraktion vermittelt.

Veranstaltungsreihe „LINKE Bildung“ 2021: Lesekreis „Klassentheorie“

Das Stichwort „Klasse“ ruft vielfältige Reaktionen hervor. Mögen die einen an die „Klasse“ während ihrer Schulzeit erinnert sein, während derer sie mit unterschiedlichen Altersgenoss:innen mehr oder weniger sinnvollen Lehrstoff be- und verarbeiten mussten, steht „Klasse“ als politischer Ordnungsbegriff für eine Klassengesellschaft, in der die Menschen seit Jahrhunderten Leben und aus der es sich zu befreien gelte. Schon im Kommunistischen Manifest wird von Marx und Engels festgehalten, dass „[d]ie Geschichte aller bisherigen Gesellschaften ... die Geschichte von Klassenkämpfen“ ist und sich in der von Marx und Engels betrachteten Epoche zur Mitte des 19. Jahrhunderts zwei sich „direkt gegenüberstehende Klassen“ herausgebildet haben: „Bourgeoisie und Proletariat“.

Aber wie verhält es sich mit Klassen und Klassenkämpfen in der aktuellen Gesellschaftsformation. Sind die Klassengegensätze überwunden, macht es überhaupt noch Sinn im aktuellen Entwicklungsstadium des Kapitalismus von Klassen zu sprechen? Die Ansichten gehen hier durchaus auseinander. Gleichwohl bleibt der Begriff der Klasse eine zentrale Kategorie des an Marx orientierten Denkens und der damit verbundenen Theorien.

Die vielfältigen Ansätze in ihrem jeweiligen Kontext nachzuvollziehen und auf die Nutzbarmachung für aktuelle politische Praxis zu überprüfen ist Ziel des Lesekreises Klassentheorie. Die Initiatoren sind dabei von dem Gedanken getragen, dass es zwar hilfreich ist sich im Selbststudium verschiedene Texte zu erschließen und sich hierzu eventuell mit eigenen Texten zu positionieren, dies kann allerdings nicht den diskursiven Austausch mit anderen zu den jeweiligen Positionen ersetzen. Der Lesekreis „Klassentheorie“ stellt hier einen Raum zur direkten Debatte zur Verfügung.

Für einen Lesekreis stellt sich die spannende Frage, welchen Texten zum Verständnis der „Klassentheorie(n)“ gemeinsam

erschlossen werden sollen. Einen interessanten Fundus, dessen wir uns im Lesekreis bedienen wollen, stellt die von Mario Candeias 2021 erschienene Textsammlung „Klassentheorie. Vom Making und Remaking“ dar. Und auch hier ist eine weitere Auswahl der auf weit über 500 Seiten zusammengetragenen 28 Texte notwendig. Die Initiatoren des Lesekreises haben sich zum Einstieg für 6 Texte entschieden, die, während der geplanten Treffen des Lesekreises im Zentrum der Diskussion stehen sollen. Eine Fortsetzung des Lesekreises, bei der dann weitere Texte diskutiert werden können, ist angedacht.

04. Mai 2021 / 18 Uhr

1. Michael Vester, Klasse an sich/für sich

11. Mai 2021 / 18 Uhr

2. Edward P. Thompson, Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse: »Vorwort« und »Rituale gegenseitiger Hilfe«

18. Mai 2021 / 18 Uhr

3. Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede: »Der Habitus und der Raum der Lebensstile« und »Die symbolischen Auseinandersetzungen«

25. Mai 2021 / 18 Uhr

4. Frigga Haug, Ein marginales Zentrum. Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse

01. Juni 2021 / 18 Uhr

5. Didier Eribon, Rückkehr nach Reims. Wie aus Linken Rechte werden

08. Juni 2021 / 18 Uhr

6. Klaus Dörre, Umkämpft e Globalisierung und soziale Klassen. 20 Thesen für eine demokratische Klassenpolitik

Interessierte am Lesekreis, die weder die Möglichkeit haben sich das Buch zu kaufen oder keinen Zugang zur Online-Publikation haben, können sich gerne an die Initiatoren des Lesekreises Michael Große / Frank Hühner wenden. Wir finden dann einen Weg, die Texte zugänglich zu machen.

Vor dem Hintergrund des weiterhin bestehenden „Ausnahmestandes“, ist der Lesekreis erstmal als Online-Angebot konzipiert. Alle Termine finden unter <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-ecz-r3f-kxu> statt. Auf Nachfrage (frank.huehner@delinke-ffo.de oder 0152 2887908) kann auch eine telefonische Teilnahme ermöglicht werden, was allerdings für den angestrebten Austausch nicht sinnvoll erscheint.

Frank Hühner



Mario Candeias (Hg.) (2021): Klassentheorie. Vom Making und Remaking. Hamburg

<https://argument.de/produkt/mario-candeias-klassentheorie/>

Die im Argument Verlag erschienene Textsammlung ist im Buchhandel für 20 EUR zu erwerben. Die Gesamtpublikation steht auch kostenfrei im Internet zur Verfügung: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Candeias_Klassentheorie_gesamt.pdf

Meinungsäußerung zu Stefan Kunath

Zu Stefan Kunaths Bewerbungsrede für die kommende Bundestagswahl hatte ich mich bereits in der RH-Ausgabe 09.2020 geäußert. Leider finde ich bis dato kaum schlüssige Antworten auf einige mir und anderen wichtig erscheinende Fragen.

Hinsichtlich der Ansiedlung von Tesla in unserer Region reizt mich nach wie vor seine Bemerkung: „Am Beispiel von Tesla kann man übrigens erklären, was uns als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten von anderen Parteien unterscheidet. Demokratischer Sozialismus bedeutet, Regierung und Wirtschaft arbeiten nicht nur für Elon Musk. Demokratischer Sozialismus bedeutet, Regierung und Wirtschaft arbeiten für alle Menschen“.

Irgendwie im Widerspruch hierzu hat er in seiner Wahlrede – an Elon Musk gewandt – angemerkt: „... wir sind hier aber nicht im wilden Osten. Deshalb muss gelten: Tarifbindung und Betriebsrat und zwar ab dem ersten Tag!“ Klare Haltung, sollte man meinen. Offenbar wusste Stefan Kunath bereits, dass der Konzernchef unmissverständlich verkündet hatte, Gewerkschaften werde es in seinem Werk keinesfalls geben. Wie unser künftiger Bundestagsabgeordneter dann aber dennoch Tesla beispielgebend für den Demokratischen Sozialismus hervorheben und unterstreichen konnte, dass Regierung und Wirtschaft für alle Menschen arbeiten würden, erschließt sich mir nach wie vor nicht.

Wer oder was sind denn Regierung und Wirtschaft im bürgerlichen Staat? Oder anders gefragt, wer hat hier wie da die Macht und das Sagen? Es sind jedenfalls nicht Tausende lohnabhängig Beschäftigte im Werk, wie sich bereits klar abzeichnet. Schon Marx stellte heraus, dass im bürgerlichen Staat Regierungen Erfüllungsgehilfen des Kapitals sind. Und dass der Staat alles für den Tesla-Konzern tut, kann man am Fall in Brandenburg auch an den derzeitigen Baugenehmigungsverfahren beobachten. Trotz mannigfaltiger Probleme, z. B. in der Wasserversorgung, wird alles ermöglicht – wie kürzlich eine Fernsehdokumentation nachdrücklich verdeutlichte – auch wenn dadurch für den Naturschutz und andere Bereiche Nachteile entstehen. Und es wird schon so kommen, wie Stefan Kunath befürchtet,

Tesla wird fette Gewinne machen und die Allgemeinheit wird dafür die Zeche zahlen. Was aber passiert, wenn die Produktionsgewinne nicht mehr ganz so üppig wie erhofft fließen, sieht man am Beispiel des Tesla-Europawerkes in Tilburg (Holland), das erst 2015 eröffnet wurde und nun vor der Schließung steht.

Dieser Tage wurde in den Medien darüber berichtet, dass Tesla in den USA jede Mitbestimmung der Beschäftigten in seinen Werken hintertreiben würde. Seit Jahren versucht die Autogewerkschaft vergeblich, Betriebsräte bei Tesla zu etablieren. Die Beschäftigten würden sofort bedroht, wenn sie ein Mitspracherecht bei den Arbeitsbedingungen vor allem in den Bereichen Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit forderten. Deshalb rechnet die Vizepräsidentin der einflussreichen Autogewerkschaft United Auto Workers, Cindy Estrade, damit, dass harte Auseinandersetzungen zwischen Tesla und deutschen Arbeitnehmervertretern bevorstünden.

Gewiss, Arbeit wird es bei Tesla in Grünheide geben – allerdings zu den alleinigen Bedingungen des Konzernchefs. Die Beschäftigten haben gefälligst die Arbeitsumstände in der Autofabrik zu akzeptieren.

Ein guter, wenn auch schwerlich umzusetzender Gedanke Stefan Kunaths ist jener, bei Tesla eine Basisorganisation der Partei aufzubauen. Diese wäre dann quasi eine Betriebsparteiorganisation, wie sie zu DDR-Zeiten in den Kombinate, Betrieben, Verwaltungen und Institutionen bestanden und nach der „Wende“ beseitigt wurden. Wie das funktionieren soll, weiß bisher offenbar keiner so richtig. Stefan Kunath sollte im Roten Hahn seine Gedanken auch hierzu äußern. Vielleicht könnte sich auch die AG Geschichte des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE damit beschäftigen, um eventuell frühere Erfahrungen zu vermitteln.

Auch in der Friedensfrage sollte sich Stefan Kunath noch etwas klarer positionieren – z. B. zur Nato, den Kriegseinsätzen mit Beteiligung der Bundeswehr und zu Rüstungsfragen. Im Roten Hahn 03.2021 hat sich Ella Schleese mit der Frage, wie steht DIE LINKE zur Nato, an Matthias Höhn wegen dessen diesbezüglich fatalen Äußerungen gewandt. So erfreulich die im Roten Hahn wiedergegebenen Einzelmeinungen (neben Ella Schleese u.a. Horst Dahmann und Hagen Weinberg) auch sein mögen, so wünschenswert wäre es schon, wenn sich der Kreisverband und ihr Vorstand eindeutig und klar diesen Problemen stellen würden. Gerade in Wahlzeiten wird darauf gewartet.

Volker Link

#Unteilbar: Freiheit geht nur solidarisch

Beschluss des Parteivorstandes vom 11. April 2021

DIE LINKE steht kompromisslos an der Seite all derjenigen, die Benachteiligung, Diskriminierung und Unterdrückung erfahren. Sie kämpft mit Gewerkschaften, ökologischen, feministischen und antirassistischen Bewegungen für ein gutes Leben für ALLE. Die LINKE spricht mit einer Stimme: der der Solidarität. In diesem Sinne unterzeichnen wir als LINKE den Aufruf von Unteilbar "Freiheit geht nur solidarisch" und rufen unsere Mitglieder dazu auf, dem Aufruf als Einzelpersonen beizutreten.

Freiheit geht nur solidarisch. #unteilbar statt vereinzelt

Mehr Informationen unter:
<https://www.unteilbar.org>

Zum Unterschreiben:
<https://www.unteilbar.org/freiheitsolidarisch/#sign>





Arbeitsgerichte in Gefahr

DIE LANDESREGIERUNG möchte drei von insgesamt sieben Arbeitsgerichtsstandorten in Brandenburg schließen. Das betrifft die Gerichte in Potsdam, Senftenberg und Eberswalde. Kurz vor Weihnachten 2020 wurden die Pläne der Justizministerin Hoffmann (CDU) öffentlich. Seitdem reißen die Protestnoten nicht ab. Die Stimmen von Gewerkschaften, Rechtsanwaltskammer, Unternehmerverbänden, kommunale Vertreter*innen u.a. blieben indes ungehört.

DIE DREI STANDORTE sollen durch Gerichtstage ersetzt werden, die die Ministerin jederzeit abschaffen kann. Das stellt einen schweren Angriff auf die Arbeitsgerichtsbarkeit in Brandenburg dar. 30 Jahre, nachdem die berühmte, damalige Sozialministerin Regine Hildebrandt die Arbeitsgerichte in Brandenburg eingerichtet hat, will die Kenia-Koalition die Durchsetzung von Arbeitnehmer*innenrechten erschweren. Die Fachjustiz zieht sich aus der Fläche und der Landeshauptstadt zurück.

Das nehmen wir nicht hin!

Was kann ich dagegen tun?

MITTLERWEILE liegt ein entsprechender Gesetzentwurf dem Landtag zur Beratung vor:

<https://kurzelinks.de/sqh7>. Um die Schließung der Arbeitsgerichte noch zu verhindern, braucht es einen breiten Protest.

UNTERZEICHNET die Online-Petition von Ver.di (<https://kurzelinks.de/1ave>) für den Erhalt der Gerichte und sendet eine Stellungnahme per Email auf dieser Webseite: <https://kurzelinks.de/6lhu> an den CDU-Abgeordneten Danny Eichelbaum aus dem Rechtsausschuss.

Was unternimmt die Linksfraktion im Landtag?

DIE LINKE. FRAKTION IM LANDTAG BRANDENBURG kämpft mit parlamentarischen Initiativen für die Arbeitsgerichte und haben z.B. für den 15. April eine Anhörung im Rechtsausschuss mit anberaunt. Im youtube-Video sehen Sie, mit welchen Argumenten unsere Justizexpertin Marlen Block im Plenarsaal erläutert, warum die Gerichte erhalten bleiben müssen:

<https://kurzelinks.de/cf1r>



www.arbeitsgerichte-retten.de